



Mit seinem jüngsten Besuch in China Anfang Dezember 2025 sendete Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ein deutliches Signal in Richtung Peking: **Europa will mehr chinesische Investitionen auf seinem Boden.** Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Impulse, sondern um einen strategischen Kurswechsel im Verhältnis zwischen der EU und der Volksrepublik. Macron präsentiert sich als Architekt einer europäischen Industriepolitik, die nicht länger defensive Schutzmechanismen priorisiert, sondern auf gezielte Öffnung und strukturelle Gegengeschäfte setzt.

Was als wirtschaftspolitische Initiative erscheint, ist in Wahrheit Teil eines **größeren geopolitischen Plans**: Die EU sucht ihren Platz im globalen Kräftemessen zwischen China und den USA – und Macron positioniert Europa dabei als selbstbewussten, wenn auch herausgeforderten Akteur.

Ein wachsendes Handelsungleichgewicht als Katalysator

Der unmittelbare Anlass für Macrons Vorstoß ist die **zunehmend asymmetrische Handelsbeziehung zwischen China und der EU**. Der Handelsbilanzüberschuss Chinas gegenüber Europa beträgt mittlerweile über 300 Milliarden Euro – ein Allzeithoch. Aus Sicht Frankreichs untergräbt dieser strukturelle Überschuss die industrielle Basis Europas. „Es steht das Herzstück unseres Innovations- und Produktionsmodells auf dem Spiel“, erklärte Macron in Peking laut *Reuters*.

Diese Dynamik ist das Resultat einer jahrelangen Entwicklung: Während europäische Unternehmen in China stark investierten, blieben die **chinesischen Direktinvestitionen in Europa vergleichsweise gering**. Hinzu kommt eine Wettbewerbsverzerrung durch staatlich subventionierte chinesische Industrieprodukte, insbesondere in Schlüsselbranchen wie E-Mobilität, Solarenergie und Halbleiter.

Der französische Präsident schlägt daher einen Kurswechsel vor: Statt in erster Linie Handelshürden aufzubauen – wie es die USA mit Strafzöllen praktizieren – solle Europa **durch gezielte Standortpolitik und regulatorische Stabilität attraktiv für ausländische Investoren werden**. Dabei sind ausdrücklich auch chinesische Unternehmen willkommen, **sofern sie sich in das industrielle Ökosystem Europas integrieren und lokale Wertschöpfung schaffen**.



Geopolitische Gratwanderung zwischen Abschottung und Öffnung

Macrons Strategie ist bemerkenswert ambivalent: Sie oszilliert zwischen **Kooperationsangebot** und **drohender Gegenmaßnahme**. In seinen Gesprächen mit der chinesischen Führung – darunter Präsident Xi Jinping und Premierminister Li Qiang – betonte Macron, dass Europa nicht tatenlos zusehen werde, sollte es zu keiner wirtschaftlichen Umkehr kommen. Er stellte implizit **europäische Schutzmaßnahmen nach US-amerikanischem Vorbild** in Aussicht, sollten substanzielle Fortschritte ausbleiben.

Gleichzeitig warnt der französische Präsident vor einem konfrontativen Kurs: Handelsbarrieren seien nur das letzte Mittel. Vorrangig sei es, **die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken**, durch Investitionen in Forschung, grüne Technologien und digitale Infrastrukturen – und durch den Zugang zu externem Kapital, etwa aus China.

Diese **Balance zwischen Souveränität und Offenheit** ist hochkomplex. Sie berührt Fragen der wirtschaftlichen Sicherheit, der Technologiekontrolle und der geopolitischen Unabhängigkeit. In Brüssel wird seit Monaten über einen **gemeinsamen Investitions-Screening-Mechanismus auf EU-Ebene** diskutiert, der verhindern soll, dass kritische Infrastrukturen unter ausländische Kontrolle geraten. Frankreich gehört zu den treibenden Kräften dieses Kurses.

Die wirtschaftspolitische Logik hinter dem Appell

Macrons Initiative ist nicht nur eine Reaktion auf chinesische Überschüsse – sie ist auch Ausdruck einer langfristigen Strategie: **Europa braucht Kapital für die industrielle Transformation**, insbesondere im Rahmen des Green Deal, der digitalen Souveränität und des geopolitischen „De-Risking“.

Laut *Financial Times* sehen französische Regierungsberater in den gewaltigen chinesischen Devisenreserven und der hohen Sparquote der Volksrepublik ein potenzielles Finanzierungsinstrument für europäische Modernisierungsprojekte – wenn diese Kapitalflüsse



klug kanalisiert werden. Denkbar wären etwa Investitionen in Batteriefabriken, Wasserstofftechnologien, Logistikzentren oder Forschungseinrichtungen – stets unter Wahrung europäischer Kontrollrechte.

Doch das Unterfangen birgt Risiken: **Chinesische Investitionen sind nie rein wirtschaftlich**, sondern Teil eines umfassenden staatlich gesteuerten Außenwirtschaftsmodells. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Beteiligungen chinesischer Firmen an europäischen Häfen, Energieunternehmen oder Technologiekonzernen oft geopolitische Debatten auslösten – etwa in Griechenland, Portugal oder Deutschland.

Macron setzt daher auf **Investitionen „unter Bedingungen“**: klare Kriterien, transparente Verfahren und gezielte Sektorenauswahl. Die Europäische Kommission hat im Oktober 2025 neue Leitlinien für die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen veröffentlicht, die insbesondere Hochtechnologie, kritische Rohstoffe und dual-use-Produkte betreffen.

Ein europäisches Projekt mit nationaler Handschrift

Während Macron in Peking auftrat wie ein Vertreter europäischer Interessen, ist sein Ansatz besonders **französisch geprägt**. Frankreich hat in den letzten Jahren konsequent auf eine aktive Industriepolitik gesetzt – mit staatlicher Beteiligung, Subventionen für Zukunftstechnologien und einem klaren Fokus auf wirtschaftliche Souveränität.

Macrons Aufruf an China ist damit Teil eines **industriellen Rebalancing-Projekts**, das über Frankreich hinausstrahlen soll. Die Botschaft an die EU-Partner lautet: **Europa muss seine wirtschaftspolitische Rolle in der Welt neu definieren**, nicht nur durch Regulierung, sondern durch Gestaltung.

Wie viel Rückhalt Macron in Europa für diese Strategie hat, ist offen. Während Länder wie Spanien, Italien oder Griechenland grundsätzlich offen für chinesische Investitionen sind, zeigen sich Deutschland und die nordischen Staaten zunehmend skeptisch – nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Gründen. Die **Debatte über Europas Umgang mit China bleibt gespalten**, wie ein aktueller Bericht des Mercator Institute for China Studies (MERICS) betont.

Macrons Vorstoß in Peking ist mehr als ein wirtschaftspolitisches Statement. Es ist ein Signal,



dass Europa **nicht länger Objekt asiatischer Überproduktion sein will**, sondern **selbst Akteur in der Gestaltung globaler Investitionsströme**. Der französische Präsident verbindet wirtschaftliche Interessen mit geopolitischer Zielsetzung – und fordert von Europa eine aktivere Rolle in der Weltwirtschaft. Ob dieser Appell in konkrete Projekte mündet, hängt nun von der Bereitschaft Europas ab, gemeinsam zu handeln – und von Chinas Antwort auf das Angebot.

Autor: P. Tiko